



**- Bau-, Struktur- und Umweltausschuss -
- 18. Wahlperiode -**

An die
Mitglieder des Bau-, Struktur- und
Umweltausschusses

Nachrichtlich
an alle Kreistagsabgeordneten
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Protokoll

über die 14. Sitzung des Bau-, Struktur- und Umweltausschusses am 05.09.2024

Anwesend:

Herr Bernard Decker (stellv. Vorsitzender)
Herr Thomas Hopping (Vorsitz)
Herr Matthias Elberfeld
Herr Jens Frye
Herr Thomas gr. Schlarmann
Herr Heinz Hanken
Herr Peter Harpenau
Herr Josef Kläne
Herr Eckhard Knospe
Frau Christiane Lehmkuhl
Herr Hans-Georg Lück
Herr Dr. Lutz Neubauer
Herr Hubert Pille
Herr Manfred Schilling
Herr Aloys Schulte
Herr Franz-Josef Theilen
Herr Heiner Thölke
Herr Dirk Witte

bis einschließlich TOP 9
bis 19:35 Uhr
bis einschließlich TOP 7
Vertretung für Herrn Wilming
Vertretung für Frau Bröker

Vertretung für Herrn Blömer

bis einschließlich TOP 9

Hinzugezogen:

Herr Tobias Gerdesmeyer (Landrat)

Entschuldigt:

Herr Robert Blömer
Frau Jana Bröker
Herr Philip Wilming

Hinzugezogen:

Herr Holger Böckenstette (Kreisrat)
Herr Dr. Benedikt Beckermann (Kreisrat)
Herr Winfried Stuntebeck
Frau Sandra Baldauf
Herr Markus Blömer
Herr Helmut Schlarmann
Herr Jürgen Werring

zu TOP 8 und 9
bis einschließlich TOP 7
zu TOP 8 und 9

Sodann wird folgende Tagesordnung behandelt:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die 13. Sitzung des Bau-, Struktur- und Umweltausschusses vom 30.05.2024
5. Mitteilungen des Landrats
6. Sicherung des Vogelschutzgebietes 039 "Dümmer"; Anpassung der Verordnung über das Naturschutzgebiet "Westliche Dümmerriederung" (892/2024)
7. Sicherung des Vogelschutzgebietes 039 "Dümmer"; Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet VEC 77 „Westliche Dümmerriederung“ in der Stadt Damme und der Gemeinde Steinfeld, Landkreis Vechta (893/2024)
8. Fortschreibung Straßen- und Radwegebauprogramm 2025 (886/2024)
9. Vorstellung eines interkommunalen Radwegekonzeptes /-netzes im Landkreis Vechta (890/2024)
10. Ausweisung von Flächen für die Windenergie (905/2024)

- - - - -

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Hoping eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, den Vertreter der Presse Herrn Hermes sowie die Gäste.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

3. Feststellung der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende nimmt Bezug auf die Tagesordnung, die mit der Einladung verschickt worden ist.

Die Tagesordnung wird unverändert festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift über die 13. Sitzung des Bau-, Struktur- und Umweltausschusses vom 30.05.2024

Die Niederschrift über die 13. Sitzung des Bau-, Struktur- und Umweltausschusses vom 10.06.2024 liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Sodann beschließt der Kreistag mehrheitlich bei drei Enthaltungen:

„Die Niederschrift vom 10.06.2024 wird genehmigt.“

5. Mitteilungen des Landrats

./.

6. Sicherung des Vogelschutzgebietes 039 "Dümmer"; Anpassung der Verordnung über das Naturschutzgebiet "Westliche Dümmerniederung" (892/2024)

Der Ausschussvorsitzende leitet in den TOP 6 ein und stellt die gemeinsame Beratung mit TOP 7 fest.

Herr Stuntebeck, Leiter des Amtes für Umwelt und Tiefbau, erläutert mittels einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1) den naturschutzrechtlichen Hintergrund sowie die Entstehung und den Inhalt der vorliegenden Verordnungsentwürfe zur Sicherung des Vogelschutzgebietes 039 „Dümmer“. In Hinblick auf den Inhalt der Verordnungsentwürfe merkt er an, dass diese anhand von Handlungsempfehlungen des Landes fachlich abgeleitet worden sind. Weiter gibt er einen Überblick über die Ergebnisse der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sowie der privaten Einwände im Zuge der Auslegungszeit.

Herr Landrat Gerdesmeyer führt an, dass die Verwaltung in Anbetracht der Situation das bestmögliche Ergebnis erzielt habe. Er weist auf die komplexe Gemengelage hin. So seien die Verordnungsentwürfe zwar beschlussfähig, da sie die erforderlichen fachlichen Bedingungen erfüllen, jedoch seien nicht alle Akteure mit dem erzielten Ergebnis einverstanden. Eine erfolgreiche Abstimmung im Kreistag sei für

beide Verordnungsentwürfe daher ungewiss. Ein Scheitern der Verordnungsentwürfe könne zu einer Sicherung der hoheitlichen Verpflichtung mittels einer Weisung des Landes führen. Im Landkreis Osnabrück sei in einer vergleichbaren Kulisse eine Verordnung entstanden, die aufgrund der Betrachtung im Rahmen eines gemeinsamen Dialogs eine hohe Akzeptanz genieße. Diese Idee des gemeinsamen Dialogs bzw. der Mediation, aufbauend auf dem Gedanken des Niedersächsischen Weges, möchte er in die Beratung der beiden Beschlussvorlagen einbringen. Denn die Aufarbeitung der Sachlage an einem „Runden Tisch“ stelle, unter Betrachtung des Beispiels aus dem Landkreis Osnabrück eine Chance für die Entwicklung von allen Seiten anerkannter Verordnungsentwürfe dar. Er schlägt vor, dass Vertreter der Eigentümer, des Kreislandvolkverbandes und der Naturschutzverbände sowie des Landkreises gemeinsam ins Gespräch kommen. Auch der Landkreis sei bereit, an solchen Gesprächen teilzunehmen. Hierbei wären auch potenzielle Grünlandflächenankäufe seitens der öffentlichen Hand in Betracht zu ziehen und in das Gespräch einzubringen. Insgesamt befürwortet er eine Rückstellung der Beschlussvorlagen und die Initiierung einer entsprechenden Mediation unter externer, unabhängiger Moderation. Sofern diese keine scheitern sollten, könne immer noch über die vorliegenden Verordnungsentwürfe entschieden werden.

Frau Lehmkuhl (Kreisnaturschutzbeauftragte) befürwortet die Lösungsfindung mittels einer Zusammenarbeit aller Beteiligten. Sie merkt an, dass allen Beteiligten bewusst sein müsse, dass es sich vorliegend um eine rechtliche Verpflichtung handelt, die in jedem Fall umzusetzen ist. Zudem führt sie aus, dass bei einem Landschaftsschutzgebiet kein Erschwernisausgleich an die Landwirtschaft gezahlt werden könne, auch wenn die entsprechenden Regelungen nur ein wenig schwächer als bei einem Naturschutzgebiet ausfallen würden. Dies sei ein Problem, welches für das weitere Vorgehen potenziell berücksichtigt werden sollte. So könne sie sich vorstellen, dass sich im Landkreis Osnabrück eine höhere Akzeptanz ergäbe, da es sich dort um ein Naturschutzgebiet handelt.

KTA Pille stellt einen Antrag auf Zurückstellung der Tagesordnungspunkte 6 und 7 bis zum 31.12.2024, um den Gesprächen zwischen den Akteuren unter externer Mediation eine Chance zu geben. Weiter soll die Verwaltung mit der Prüfung von etwaigen Fördermöglichkeiten für den Ankauf der betroffenen Grünlandflächen beauftragt werden. Er begründet seinen Antrag damit, dass es nach vielen Jahren keinen Vorschlag gäbe, der auf Seiten der Landwirtschaft und auf Seiten des Naturschutzes Akzeptanz genieße. Zugleich läge aber der Wille beider Seiten vor, sich zusammenzusetzen, um die Verordnungen auf eine bessere Grundlage zu stellen. Zudem sollte es im Interesse des Landes sein, dem Landkreis Fördermittel für den Grünlandankauf bereitzustellen. Diese Mediation sei seiner Ansicht nach die letzte Möglichkeit, einen gemeinsamen Kompromiss zu finden.

KTA Elberfeld führt an, dass die damalige Berücksichtigung der Belange der Landwirtschaft zielführend gewesen sei. Die nun erfolgte Verpflichtung der Landwirte sei für ihn nicht nachvollziehbar und in Frage zu stellen. Für ihn sei der von Herrn Landrat Gerdesmeyer vorgeschlagene Flächenankauf in Erwägung zu ziehen.

KTA Dr. Neubauer gibt an, dass er den Vorschlag des Landrates nachvollziehen könne. Er merkt an, dass ohne eine Änderung der Auffassung bzw. Vorgehensweise der Landwirtschaft keine Kompromisslösung zu finden sei. Die bisherige Lösung bzw. das bisherige Vorgehen der Landwirtschaft habe erhebliche Schäden in der Natur verursacht. Es sei daher ein Umdenken erforderlich. Insgesamt trage er den Vorschlag des Landrates mit, weist aber darauf hin, dass die Mediation ernsthafter als bisher erfolgen müsse.

KTA Hanken befürwortet den vorgeschlagenen Versuch und den einhergehenden Antrag.

KTA Schulte bittet um Aufnahme einer klaren zeitlichen Frist zur Ergebnispräsentation der Mediation. Des Weiteren bittet er um Angabe der zeitlichen Vorgabe bis zu dem die hoheitliche Verpflichtung umgesetzt sein muss.

Auf diese Nachfrage von KTA Schulte teilt KTA Pille mit, dass sein Antrag vorsehe, dass in der ersten Ausschusssitzung 2025 erneut über die Verordnungsentwürfe beraten werden soll, sofern sich durch die Mediation keine Änderungen ergeben.

Herr Landrat Gerdesmeyer ergänzt, dass gegenüber dem Land bis zum Jahresende 2024 eine Pflicht zur Berichterstattung bestünde. Abschließend weist er darauf hin, dass er bei einem positiven Beschluss des Antrages das Land bezüglich konkreter Fördermöglichkeiten ansprechen möchte. Diesbezüglich würde er eine überfraktionale Zusammenarbeit begrüßen.

Der Ausschussvorsitzende fasst den Antrag für die beiden Tagesordnungspunkte 6 und 7 wie folgt zusammen. Die Beschlussfassungen für die Tagungsordnungspunkte 6 und 7 werden zurückgestellt. Es wird ein „Runder Tisch“ unter Beteiligung von Vertretern der betroffenen Eigentümer, dem Kreislandvolkverband, den Naturschutzverbänden und dem Landkreis einberufen. Der „Runde Tisch“ wird durch eine externe Mediation geleitet. Die Ergebnisse der Mediation sind bis zum 31.12.2024 vorzulegen. Die Verwaltung wird beauftragt, sich zu Fördermöglichkeiten von Grünlandflächenankäufen seitens des Landkreises zu erkundigen. Die nächste Beratung erfolgt in der ersten Ausschusssitzung im Jahr 2025. Sollten sich keine Änderungen in den bestehenden Verordnungsentwürfen ergeben, so wird in der ersten Ausschusssitzung 2025 über diese abgestimmt.

Daraufhin wird der Antrag des KTA Pille für den Tagesordnungspunkt 6 zur Abstimmung gestellt.

Sodann beschließt der Ausschuss mehrheitlich bei einer Nein-Stimme:

„Die Beschlussfassung für den Tagungsordnungspunkt 6 wird bis zum 31.12.2024 zurückgestellt. Es wird ein „Runder Tisch“ unter Beteiligung von Vertretern der betroffenen Eigentümer, dem Kreislandvolkverband, den Naturschutzverbänden und dem Landkreis einberufen. Der „Runde Tisch“ wird durch eine externe Mediation geleitet. Die Ergebnisse der Mediation sind bis zum 31.12.2024 vorzulegen. Die Verwaltung wird beauftragt, sich zu Fördermöglichkeiten von Grünlandflächenankäufen seitens des Landkreises zu erkundigen. Die nächste Beratung erfolgt in der ersten Ausschusssitzung im Jahr 2025. Sollten sich keine Änderungen in dem vorliegenden Verordnungsentwurf „Verordnung über das Naturschutzgebiet „Westliche Dümmerniederung“ in der Stadt Damme und der Gemeinde Steinfeld, Landkreis Vechta und der Samtgemeinde „Altes Amt Lemförde“, Landkreis Diepholz“ ergeben, so wird in der ersten Ausschusssitzung 2025 über diesen abgestimmt.“

7. Sicherung des Vogelschutzgebietes 039 "Dümmer"; Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet VEC 77 „Westliche Dümmerniederung“ in der Stadt Damme und der Gemeinde Steinfeld, Landkreis Vechta (893/2024)

Es wird auf die Beratung zu Tagesordnungspunkt 6 verwiesen.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Die Beschlussfassung für den Tagungsordnungspunkt 7 wird bis zum 31.12.2024 zurückgestellt. Es wird ein „Runder Tisch“ unter Beteiligung von Vertretern der betroffenen Eigentümer, dem Kreislandvolkverband, den Naturschutzverbänden und dem Landkreis einberufen. Der „Runde Tisch“ wird durch eine externe Mediation geleitet. Die Ergebnisse der Mediation sind bis zum 31.12.2024 vorzulegen. Die Verwaltung wird beauftragt sich zu Fördermöglichkeiten von Grünlandflächenankäufen seitens des Landkreises zu erkundigen. Die nächste Beratung erfolgt in der ersten Ausschusssitzung im Jahr 2025. Sollten sich keine Änderungen in dem vorliegenden Verordnungsentwurf „Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet VEC 77 „Westliche Dümmerniederung“ in der Stadt Damme und der Gemeinde Steinfeld, Landkreis Vechta“ ergeben, so wird in der ersten Ausschusssitzung 2025 über diesen abgestimmt.“

8. Fortschreibung Straßen- und Radwegebauprogramm 2025 (886/2024)

Herr Blömer (Sachgebietsleiter Tiefbau und Zentrale Vergabestelle) erläutert mithilfe der beigefügten Power-Point-Präsentation (Anlage 2) die aktuellen Entwicklungen im Bereich Straßenbau. Dabei nimmt er Bezug auf die derzeitige Kostenentwicklung, die Abhängigkeit der Umsetzbarkeit eigener Baumaßnahmen von Maßnahmen „Dritter“ sowie die Auswirkungen der Ersatzbaustoffverordnung. Daran anschließend geht er auf den Sachstand der für 2024 geplanten Straßenbaumaßnahmen ein, die allesamt abgeschlossen werden bzw. bereits abgeschlossen sind. Abschließend stellt er die Fortschreibung des Straßenbauprogramms für 2025 vor. In diesem Zusammenhang merkt er an, dass der Baumbestand an bestimmten Kreisstraßen dazu führt, dass zum Erhalt des wertvollen Baumbestandes z.B. an der K 270 und K 263 dazu führt, dass ausschließlich die oberen Asphalt-schichten abgefräst und erneuert werden, ohne die Wurzeln der Bäume zu schädigen.

KTA Elberfeld bittet bezüglich der Erhaltung des Baumbestandes um Erläuterung, ob es aus technischer Sicht möglich sei, ohne Fräsen eine Erneuerung auf dem bisherigen Aufbau vorzunehmen. Herr Blömer erklärt, dass diese Vorgehensweise in der Vergangenheit forciert wurde. Diese sei jedoch nicht mehr zeitgemäß. So kommt es zu einem immer höher werdenden Aufbau. Insbesondere sei zu bedenken, dass der Aufbau einer Straße irgendwann nicht mehr tragfähig und damit grundlegend zu erneuern ist.

Auf Nachfrage von KTA Decker zum Sachstand der Dümmerrandkanalbrücke legt Herr Blömer dar, dass die Brücke noch tragfähig sei und es daher zu keinen Behinderungen für die geplanten Bauvorhaben (u. a. Wohnmobilstellplatz, Spielplatz am Olgahafen) kommen wird.

KTA Hanken erkundigt sich, ob im Zuge der geplanten Baumaßnahme an der Kreisstraße K 253 in Bonrechtern die Eichen im Ortskern zu fällen sind. Hierzu führt Herr Blömer an, dass die Planungen eine Neigung der Fahrbahn in die andere Richtung vorsehen, sodass es zu keiner Fällung der Bäume kommt.

9. Vorstellung eines interkommunalen Radwegekonzeptes /-netzes im Landkreis Vechta (890/2024)

Der Radverkehrsbeauftragte Jürgen Werring stellt anhand der anliegenden Power-Point-Präsentation (Anlage 3) die ersten Überlegungen und Vorschläge für ein mögliches interkommunales Radwegenetz an Rad-Pendler-Routen (RPR) im Landkreis Vechta vor. Grundlage ist das integrierte Radwegekonzept vom Landkreis Vechta (2019). Dabei geht er näher auf die Ausgangslage, die Rahmenbedingungen sowie die potenziellen Verbindungen für interkommunale Rad-Pendler Routen im Landkreis Vechta und damit einhergehende Fördermöglichkeiten ein.

Die Ideen und Vorschläge werden von mehreren KTAs begrüßt.

Herr Werring erläutert auf Nachfrage des KTA Frye, dass es sich bei den vorgestellten Ideen um Planungen auf „fremden“ Boden handelt. Die letztliche Umsetzung müsse durch die Kommunen beschlossen werden. Als Radverkehrsbeauftragter sei er aber gerne bereit, die Ideen in den Kommunen vorzustellen und aktiv an diesen mitzuarbeiten.

KTA Dr. Neubauer begrüßt die vorgestellten Ideen. Allerdings gibt er zu bedenken, dass aus seiner Sicht der Radverkehr den PKW-Verkehr ersetzen müsse. Eine zusätzliche Versiegelung durch weitere Radwege oder Radwegverbreiterung sei nicht der richtige Weg. Ein paralleles Planen von Rad- und Straßenbauten sei nicht zielführend. Es müsse ein übergreifendes Konzept geben, welches die Umwidmung bestehender Straßen in Radwege berücksichtige.

Auf Nachfrage des KTA Elberfeld teilt Herr Werring mit, dass das Projekt „Rad-Pendler-Route Lohne-Vechta“ derzeit ins Stocken geraten sei. Es sei seitens des Landkreises geplant, die Verwaltung aus Vechta und Lohne zu einem gemeinsamen Termin einzuladen.

Herr Landrat Gerdesmeyer verweist in diesem Zusammenhang auf die durchaus schwierigen Grunderwerbsverhandlungen im Zuge der Umsetzung der Förderrichtlinie, was die Umsetzung der Maßnahmen deutlich erschweren würde.

KTA Knospe bittet um Informationen zur haushaltsmäßigen Umsetzung der beabsichtigten Vorhaben. Hierzu führt Herr Stuntebeck aus, dass nach der heutigen Vorstellung des Radverkehrskonzeptes zunächst auch die jeweils betroffenen Kommunen einzubinden seien. Sofern konkrete umsetzbare Projekte vorliegen, würden diese auch noch einmal dem Bauausschuss auch hinsichtlich der Kosten vorgestellt werden. Für „kleinere Maßnahmen“ seien darüber hinaus Mittel über die die entsprechenden Einnahmen aus der Verkehrsüberwachung vorhanden.

KTA Hanken begrüßt den Vortrag und nimmt Bezug auf den „Pickerweg“, welcher durch den gesamten Landkreis Vechta verläuft. Er empfiehlt zu prüfen, ob dieser gegebenenfalls in die Planungen der Rad-Pendler-Routen aufgenommen werden kann. So gehöre dieser bereits zum Großteil der öffentlichen Hand.

Abschließend ergänzt Herr Werring, dass die Ergebnisse der Haushaltsbefragungen „Modal Split“ noch ausstehen und diese nach Auswertung im Ausschuss vorgestellt werden.

10. Ausweisung von Flächen für die Windenergie (905/2024)

Herr Kreisrat Dr. Beckermann berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 4) über den Sachstand zur Ausweisung von Flächen für die Windenergie. Er geht insbesondere auf den rechtlichen Rahmen, die Auswirkungen der Zielverfehlung sowie die vorliegenden Bestandsflächen ein. Des Weiteren stellt er die Vorgehensweise und die damit einhergehende Zusammenarbeit mit den Kommunen dar. Abschließend verdeutlicht er anhand der Einschätzung der Zielerreichung das Erfordernis für eine weitere gute Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden. So seien weitere Flächenausweisungen erforderlich, um nach Abschluss der Regionalen Raumplanung den erforderlichen Flächenumfang erzielen zu können.

KTA Thölke bittet um Angabe, in welchem Stadium sich die Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) zum Stichtag befinden muss, um die ausreichende Flächenverfügbarkeit nachweisen zu können. Des Weiteren bittet er um Benennung der feststellenden Behörde. Herr Kreisrat Dr. Beckermann führt aus, dass die Prüfung des RROP seitens des Amtes für regionale Landesentwicklung erfolgt. Die Anforderungen zum Stichtag (z.B. Genehmigung) könne er nicht benennen. Herr Landrat Gerdesmeyer ergänzt, dass insgesamt darauf geachtet werde das angestrebte Ziel zu erreichen und dabei auch den Stichtag sowie dessen Anforderungen Berücksichtigung findet.

KTA Thölke gibt zu bedenken, dass er die Zielerreichung des Projektes vor dem Hintergrund der Interessen der Windanlagenbetreiber für schwierig erachte. So wäre es im Interesse dieser Betreiber die derzeitige Vorgehensweise zu behindern, um eine Super-Privilegierung zu erwirken.

KTA Pille bedankt sich für den Vortrag und merkt an, dass der Sinn der rechtlichen Regelungen zu hinterfragen sei, wenn der Transport des Stroms und dessen Speicherung durch den Bund und das Land bisher nicht sichergestellt werden können. Die Regelungen seien nur zielführend, wenn auch für die Bundes- und Landesebene eine Vorgabe für die parallele Sicherstellung des Stromtransports und der Stromspeicherung vorliegen würde.

KTA Dr. Neubauer erhebt Bedenken gegen die Zielerreichung und deren Auswirkungen auf die Natur. Aus seiner Sicht sei ein grundlegendes Umdenken, unter anderen in Hinblick auf den Schutz der Tierwelt, erforderlich. Eine Umsetzung der Vorgaben wäre in der vorgegebenen Zeit nur auf Kosten der Natur möglich.

Auf Nachfrage von KTA Schulte, ob das bisherige Vorgehen voraussichtlich zu einem ausreichenden Ergebnis führt, gibt Herr Kreisrat Dr. Beckermann an, dass von Seiten der Verwaltung zunächst davon ausgegangen werde. Dennoch würde man die Entwicklungen fortwährend betrachten und bei unzureichenden Entwicklungen einschreiten.

Kreisnaturschutzbeauftragte Lehmkuhl bittet bei der Umsetzung der rechtlichen Vorgaben und der einhergehenden Anpassung des RROP zu berücksichtigen, dass diese Vorgehensweisen nicht zu Lasten von Tieren und weiteren Lebewesen gehen dürfe.

Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

Vechta, 10.09.2024

gez. Gerdesmeyer
Landrat

gez. Baldauf
Protokollführerin